

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzelheft 10 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreibundstr. 5

64. Jahrgang

Berlin, den 24. Februar 1926

Nummer 15

Bekanntmachung

In Ergänzung des § 8 der Geschäftsordnung für die Arbeitsnachweise haben die am Tarifvertrag beteiligten Organisationen beschlossen, daß die einzelnen Arbeitsnachweise

der für sie zuständigen Kreisgeschäftsstelle des Deutschen Buchdrucker-Vereins E. B.

und

dem für sie zuständigen Gauvorstand des Verbandes der Deutschen Buchdrucker monatlich über den Stand der Arbeitslosen nach folgendem Formular zu berichten haben:

Arbeitsnachweis in

Auszug aus der Liste des Nachweises am letzten Wochentage des Monats

In Arbeitslosen sind noch eingetragen:

- Handseher
- Maschinenseher
- Drucker
- Schweizerbeugen
- Stereotypenre
- Korrektoren
- Sonstige Gehilfen
- Hilfsarbeiter*
- Hilfsarbeiterinnen*)

Offene Stellen sind noch gemeldet:

- Handseher
- Maschinenseher
- Drucker
- Schweizerbeugen
- Stereotypenre
- Korrektoren
- Sonstige Gehilfen
- Hilfsarbeiter*
- Hilfsarbeiterinnen*)

Durch den Arbeitsnachweis wurden im letzten Monat vermittelt:

- Handseher
- Maschinenseher
- Drucker
- Schweizerbeugen
- Stereotypenre

- Korrektoren
- Sonstige Gehilfen
- Hilfsarbeiter*
- Hilfsarbeiterinnen*)

*) Soweit diese vom Nachweis vermittelt werden.

., den 19

Unterschrift des Verwalters.

Die Berichte sind das erste Mal für den letzten Wochentag des Februar als Stichtag einzureichen. Postkarten-Vordrucke werden den Arbeitsnachweisverwaltern rechtzeitig zugehen.

Berlin, den 20. Februar 1926.

Deutscher Buchdrucker-Verein E. B.
Sternheim. Dr. Weich.

Verband der Deutschen Buchdrucker.
Jof. Seig. Ditto Krauß.

Gutenbergbund.
P. Ehrhardt.

Sum Verbandstag

Laut Bekanntmachung des Verbandsvorstandes in den Nrn. 103/1925 und 4/1926 des „Korr.“ wird der 13. ordentliche Verbandstag des Verbandes der Deutschen Buchdrucker vom 20. bis 26. Juni 1926 im „Gewerkschaftshaus“ in Berlin abgehalten werden. Die Vorträge der Mitgliedschaften hierzu sind bis spätestens 8. April d. J. beim Verbandsvorstand einzureichen. Anträge einzelner Mitglieder bedürfen nach § 18 der Verbandsstatuten der Zustimmung in Mitgliedschaftsversammlungen oder der Unterstützung durch die zuständigen Gauvorstände, sofern es sich um Anträge von einzelstehenden Mitgliedern handelt, für die eine Ortsmitgliedschaft nicht in Frage kommt. Diese Regelung der Antragstellung zum Verbandstag stützt sich auf den Willen der Gesetzgeber des Verbandes, die als Delegierte zu den jeweiligen Verbandstagen im Auftrage der Mehrheit aller Verbandskollegen von jeher bestrebt waren, dem Werden und Wirken des Verbandes eine möglichst breite demokratische Grundlage zu geben.

Das schließt selbstverständlich nicht aus, daß Ansichten einzelner Kollegen über Fragen, deren Klärung im Interesse einer fortschrittlichen Entwicklung des Verbandes liegen würde, im öffentlichen Sprachrohr der Kollegenschaft, im „Korr.“, in besonderer Form zum Ausdruck gebracht werden können. Und besonders die Zeit vor einem Verbandstage ist wie selten eine andre dazu geeignet, die in unserer Organisation und seinem Organ von jeher gepflegte Meinungsfreiheit in Hinsicht auf die Aufgaben der höchsten Instanz des Verbandes, und das ist der Verbandstag, in sachlicher Weise zur Geltung zu bringen. Aus diesem Grunde beginnen wir auch nunmehr mit der Veröffentlichung der zum Verbandstag eingesandten Artikel aus Kollegentreifen. Der Übersichtlichkeit halber, und um ein Durcheinander der Sache nach zu vermeiden, werden wir nach Möglichkeit die Einsendungen ihrem Hauptinhalte nach so rubrizieren, daß es den Lesern des „Korr.“ erleichtert wird, die verschiedenen Fragen auseinanderhalten zu können. Erfreulicherweise haben sich die verschiedenen Einsender bis jetzt schon in der Hauptsache auf Einzelfragen beschränkt, was die Durchführung einer solchen sachlichen Gliederung erleichtert. Wir bitten, eventuelle weitere Einsendungen ebenfalls in diesem Sinne abzufassen, damit nicht in einem Artikel alles wie Kraut und Rüben durcheinander geht. Es besteht bei uns zunächst nicht die Absicht, den Umfang dieser Diskussion über Wünsche und Anregungen zum Verbandstag irgendwie zu beschränken. Dazu könnte uns erst eine gewisse Überschwemmung mit Artikeln zu diesem Thema drängen, wenn dadurch die Möglichkeit in Sicht käme, daß sich die Diskussion ins Uferlose verlieren und schließlich ohne unverantwortliche hohe finanzielle Belastung des „Korr.“-Etats vor dem Verbandstag nicht zum Abschluß gebracht werden könnte. Vorläufig, d. h. nach der bis jetzt vorliegenden Zahl der Einsendungen, besteht diese Gefahr noch nicht. Wir werden daher auch die schon im vorigen Jahre aufgerollte Ferienheimfrage, obwohl dazu schon in 18 eingesandten Artikeln reichlich und nahezu erschöpfend Stellung genommen wurde, von dieser Diskussion nicht völlig ausschließen, wohl aber zu diesem Thema nur noch solche Einsendungen veröffentlichen, die als sachliche Ergänzungen und nicht als Wiederholungen längst geäußelter Ansichten zu beurteilen wären. Im übrigen werden wir uns bemühen, bei der redaktionellen Prüfung der eingesandten Artikel zum Verbandstag nur allzu große Weisheitsigkeiten zu kürzen und auf irrthümliche Auffassungen je nachdem nicht durch polemische, sondern durch sachliche Darstellung des uns bekannten wirklichen Sachverhalts am Schlusse der betreffenden Artikel hinweisen, sofern eine völlige Streichung der betreffenden Stellen den Sinn des Artikels nicht mehr klar hervortreten lassen würde.

Die bis jetzt vorliegenden Einsendungen zum Verbandstage lassen erkennen, daß zunächst Unterstützungsfragen im Vordergrund stehen, während von einer Aufrollung grundsätzlicher oder taktischer Fragen noch keine Spur zu merken ist. Wir führen dies darauf zurück, daß das Vertrauen der Kollegenschaft zu den bewährten Grundsätzen und der Taktik unserer Organisation eine besondere Erörterung solcher Fragen vor dem Verbandstag weit weniger dringlich erscheinen läßt, als z. B. vor den drei letzten Verbandstagen in Hamburg, Leipzig und Nürnberg. Zwar wissen wir wohl, daß es nicht an Kollegen fehlt, die darüber anderer Meinung sind, wenn auch leider mehr aus parteipolitischen als aus gewerkschaftlichen Gründen. Ihnen sei gesagt, daß wir keineswegs die Absicht haben, eventuelle gegensätzliche Meinungen, die sich auf sachlicher und gewerkschaftlicher Basis bewegen, von der Aussprache im „Korr.“ vor dem Zu-

sammentritt des Verbandstages auszuschließen. Aber das betrachten wir nach wie vor als unsere Pflicht, parteipolitisch fundierte Auseinandersetzungen, die sich möglicherweise unter dem Schutze einer „Einheitsfront“ derjenigen, die sich mit der großen Mehrheit unserer Kollegen in Wirklichkeit in keiner Weise einig fühlen, bei uns einzuschleichen zu verhindern, dem Papierkorbe näher als der Veröffentlichung im „Korr.“ zu halten. Daß wir damit nur dem Wunsche der erdrückenden Mehrzahl unserer Kollegen in Großstadt wie Provinz in allen Gauen des Verbandes gerecht werden, das wissen wir, und werden daher auch danach handeln.

Wir sind fest überzeugt davon, daß der kommende Verbandstag, der im Zeichen des 60jährigen Bestehens unserer Organisation seine Aufgaben zu erfüllen hat, ohne große polemische Debatten grundsätzlicher Art, Weg und Ziel unseres Verbandes auch für die Zukunft den ersten Zeitverhältnissen der Gegenwart in praktischer und gründlicher Weise anpassen wird. Unser ganzer innerer Organisationsaufbau von der kleinsten Mitgliedschaft bis zum Verbandsvorstand auf der Grundlage einer lebendigen und innerlich gestifteten föderativen Gliederung bietet die Möglichkeit einer gesunden demokratischen Zusammenfassung des Verbandstages. In allen Gauen haben es die Mitglieder in der Hand, ihre besten Köpfe und bewährtesten Kämpfer auf gewerkschaftlichem Boden zum Verbandstage zu entsenden. Sie alle wissen, was wir insgesamt wollen und was wir zu schaffen wirklich in der Lage sind. Müge in diesem Sinne auch die Aussprache im Verbandsorgan ein lebendiger und zielbewußter Beweis dafür werden!

Zur Invalidenunterstützung

Das Wort „Volksgenossen“ ist erst seit den politischen Umwälzungen im Jahre 1918 in Deutschland Mode geworden. Unter diesem Worte soll anscheinend eine Gleichberechtigung in einem Volksstaate verstanden werden, wo Rechte und Pflichten auf alle Schultern gleichmäßig verteilt sind. Wie diese Gerechtigkeit herbeigeführt wird, das möchte ich zu den bereits erschienenen Artikeln zur Invalidenversicherung den Lesern unseres Verbandsorgans darlegen. Bekanntlich kam Deutschland schon vor dem Kriege in den Versuch eines Beamten- und Obristenstaates. Die Folgen des Krieges brachten uns eine noch stärkere Beamtenhaft, bis man sich nicht mehr anders helfen konnte, den so volkstümlich gewordenen Abbau einzutreten zu lassen. Jeder dritte Mann glaubte Beamter im Staate werden zu können, um sich dadurch eine Versorgung und Pension zu sichern. Alle Parteien von rechts bis links traten für eine Besserstellung der Beamten ein, weil sich dieselben gegenseitig fürchteten, im entgegengesetzten Fall ihre Parteiinteressen zu schädigen. So kam es, daß, abgesehen von den Leuten, die glaubten, im Jahre 1918 auch schnell Beamter werden zu können, letztere schnell wieder abgebaut und ein großer Teil von älteren, etatsmäßig angestellten Beamten pensioniert wurden. Es wurde von keiner Partei gefragt, wo das Geld herkam, und es wurde beschafft. Als weiteres Kapitel schaffte man dann bei den Volksgenossen außer der arbeitslosen Invalidenversicherung noch die Angestelltenversicherung. Man brachte es in einem Volksstaate fertig, für die Angestellten, seien sie in der Privatindustrie, in Verbänden, in Ortskrankenkassen usw. angestellt, bedeutend höhere Sätze herauszubringen, als wie für den gewöhnlichen Invalidenrentner. Unter diesen Umständen allein schon kann man von Volksgenossen 1., 2. und 3. Klasse sprechen. Wir wissen, daß man das nicht gern hört, nicht schreiben und sagen soll, aber wenn man von einem Volksstaate spricht, wie er ausgebaut und verbessert werden muß, dann gehört auch diese harte Nuß auf den Tisch gelegt, um sie von den Parteien knacken zu lassen, und wir werden dann sehen, welche die besten Zähne zum Zerhacken hat. Mit dem Zerumftreten und Zerumftagen

unter den Parteien selbst kann das Arbeiterproblem am wenigsten gelöst werden. Sie würden einander aus rein politischen Motiven am liebsten ins Zuschußhaus bringen, was der Luppe-Streicher-Prozess in Nürnberg zur Genüge bewiesen hat.

Deshalb ist es Sache der Gewerkschaften, das Invalidenrentenproblem eingehend zu behandeln, und die Kolbische Anregung wird es ermöglichen, daß diese Frage nicht nur auf der Generalversammlung des Verbandes, sondern auch im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund behandelt wird, um sie durch die Parteien dem Reichstag zu übermitteln.

Kollege Kohl (Regensburg) schrieb in Nr. 101 von 1925 im „Korr.“, der Verband könnte durch eine Erhöhung der Invalidenversicherung in Gefahr kommen. Warum denn? Ist der Verband mit der Erbauung eines eignen Druckereigebäudes in Berlin in Gefahr gekommen? Sind die 75 000 Mitglieder durch die Mehrbelastung dadurch verarmt? Wenn Mittel für diese Zwecke, um welche ja uns schließlich die übrige Arbeiterschaft auch beneiden kann, beschafft werden, die allen Mitgliedern dienlich sind, dann können die Verbandsmitglieder auch eine bessere Invalidenversorgung verlangen; sie werden die kleine Erhöhung ebenso opfern, wie die Extrabeiträge für ein Verbandsgebäude in Berlin, das die meisten in kurzen Umzügen nur auf dem Papier gesehen haben; sie werden diese schon deshalb leicht tragen, weil auch sie der Allgemeinheit nutzbringend sind.

Durch eine ausreichende Invalidenversorgung seitens der Gewerkschaften und des Reiches wird die alte Arbeiterschaft in den Stand gesetzt, einer jüngerer der Arbeitsplätze früher freizumachen, sie tragen zur Verminderung der Arbeitslosigkeit ihrerseits bei und das, was sie zum Leben in ihren alten Tagen erhalten, sehen sie wieder in der Gesamtwirtschaft um, so daß das ganze Problem der Invalidenversorgung nur ein Drehen von Rädern darstellt, denen nur die Kraft und der Wille zu ihrer Umdrehung angeführt werden muß.

Nürnberg.

G. G. E n f e r.

Laut Bekanntmachung im „Korr.“ sind Anträge zu dem im Juni dieses Jahres stattfindenden Verbandstage bis spätestens 8. April an den Verbandsvorstand einzureichen. Da werden also in den nächsten Tagen und Wochen unsere Kollegen die zu stellenden Anträge in ihren Versammlungen beraten. Einen wesentlichen Umfang des Dispositionsstoffes wird der Ausbau unserer Invalidenunterstützung beanspruchen. Dabei besteht die Gefahr, daß Anträge fabriziert werden, die nicht realisierbar sind und dadurch unnötigerweise Gegenläufe in der Kollegenschaft entstehen. Um nun eine zu große Differenz in den zu beantragenden Unterstützungssätzen zu vermeiden, wäre es meines Erachtens notwendig, sich auf Richtlinien festzusetzen. Meine persönliche Meinung geht dahin, bei Bemessung der Invalidenunterstützung sollte folgendes berücksichtigt werden:

1. Daß die gesunden finanziellen Grundlagen unseres Verbandes durch den Ausbau der Invalidenunterstützung nicht gefährdet werden.
2. Es soll eine Beitragserhöhung nur insoweit vorgenommen werden, daß diese für jeden Kollegen erschwinglich ist. (Da der für unser Verbandsjahr erhobene Wochenbeitrag von 20 Pf. in absehbarer Zeit fortfällt, dürfte eine Erhöhung des heutigen Beitrages um wöchentlich höchstens 20 Pf. [zusammen also 40 Pf.] für den Ausbau unserer Invalidenversicherung nach anschließendem Antrag genügen.)

Unter Berücksichtigung der angeführten Richtlinien dürfte es nicht unmöglich sein, die Kollegenschaft für nachstehenden Antrag zu gewinnen:

Antrag: § 33 unseres Verbandsstatuts erhält folgende Fassung:

- In Unterstützung kann gewährt werden:
1. Staffel: Nach 750 Beiträgen täglich . . . 1,50 M. (Nach der heutigen Satzung nach 450 bzw. 700 Wochenbeiträgen tägl. 1 M.)
 2. Staffel: Nach 1000 Beiträgen täglich . . . 2,— M.
 3. Staffel: Nach 1250 Beiträgen täglich . . . 2,50 M. (Nach der heutigen Satzung nach 1200 Wochenbeiträgen täglich 1,10 M.)
 4. Staffel: Nach 1500 Beiträgen täglich . . . 3,— M. (Nach der heutigen Satzung nach 1450 Wochenbeiträgen täglich 1,30 M., Höchstmaß.)
 5. Staffel: Nach 1750 Beiträgen täglich . . . 3,50 M.

In der fünften Staffel beträgt somit die Invalidenunterstützung wöchentlich 24,50 M., rund 60 Proz. unseres Spitzenlohnes.

Da die vorgeschlagene Beitragserhöhung eine wöchentliche Mehreinnahme von rund 28 000 M. bringt, ist die finanzielle Auswirkung des Antrages gesichert.

Kollegen! Für viele unter uns ist die Invalidität in sichtbare Nähe gerückt. Die einen erreicht dieses Unglück früher, die anderen später. Manchem wird vielleicht schon nach Wochen oder Monaten vom Unternehmer oder dessen Stellvertreter das bittere, niedererschmetternde Wort „Zu alt!“ in den Ohren gellen. Als „verbraucht“ und für die kapitalistische Produktion nicht mehr „rentabel“, steigt der Alte (von wenigen Ausnahmen abgesehen) rückwärtslos auf die Straße, vom fürsorglichen „Vater Staat“ mit einem Almosen bedacht, wird er seinem Schicksal über-

lassen. Ohne Ausnahme erwächst für uns die Pflicht, dafür zu sorgen, daß wir bei eintretender Invalidität infolge gänzlich ungenügender Unterstützung nicht hinabsinken in das Lumpenproletariat. Unser Verband, der uns Schutz und Stütz in allen Lebenslagen sein soll, bietet uns durch den Ausbau seiner Invalidenunterstützung nach den Grundzügen des vorliegenden Antrages die Möglichkeit, unsern Ruhestand erträglich zu gestalten. Darum, Kollegen, prüft, überlegt und — unterstützt den vorliegenden Antrag.

Gelingt es der Einsicht und dem sozialen Verständnis der Kollegenschaft, den empfohlenen Antrag zur Annahme zu bringen, so wird damit ein Werk sozialer Selbsthilfe von eminenter Bedeutung geschaffen, das für die deutsche Arbeiterschaft zum erstrebenswerten Vorbild, für unsere invaliden Arbeitsveteranen zum Helfer aus Not und Elend, und dem reaktionären Klassenstaat zur Beschämung wird. München. Gruber.

Sind wir nicht Brüder? — Das sollte Mensch dem Menschen immer sein. Wirkt doch vereint die Macht auch wohl von schwächeren Männern!

Diese Worte eines Homer sollten uns Keimwort sein bei dem Kapitel „Invalidendank!“ Gibt es überhaupt etwas Schöneres, als seine Kräfte einzusetzen für darbenende Mitmenschen, noch dazu, wo es sich wie in diesem Falle zunächst um solche handelt, die zum Teil fast ein Menschenalter Freud und Leid mit uns geteilt haben? Wird nicht die erdrückende Mehrheit der Kollegen freudig den Gedanken eines „Verbandsdenkmals als Invalidendank!“ aufgenommen haben? Nun, die darüber bisher erschienenen Artikel beweisen es zur Genüge. Aber es gilt, weiter kräftig dafür Propaganda zu machen und auch die sicher wenigen Bremser und Nörgler für diesen idealen Gedanken zu begeistern. Und es gilt, all den schönen Worten recht bald die Tat folgen zu lassen, denn die Not unter denen, die jahrzehntelang ihre Pflicht und ihre Kraft auch beim Aufbau unseres Verbandes für uns eingesetzt haben, ist und bleibt ein schmerzhaftes und dringend zu wünschendes, daß sich die maßgebenden Verbandsinstanzen zu den Richtlinien des Kollegen Gruber bekennen, um erst einmal für die nächste Zukunft das Los der Invaliden zu erleichtern.

Auf diesem Wege weitergehend, müssen auch die andern Verbände davon überzeugt werden, daß endlich einmal energiegeliche Schritte zur Versorgung ihrer invaliden Mitglieder unternommen werden müssen. Vordringend wirkt es, daß in den Organen des ADGB verhältnismäßig wenig in dieser Sache geschrieben wird. Und doch, ist dieser vor allen Dingen die maßgebende Behörde, die immer und immer wieder den „Vater Staat“ an seine verdamnte Pflicht und Schuldigkeit, die Versorgung arbeitsfähiger Volksgenossen in ausreichender Weise zu gewährleisten, erinnern muß. Der Eisenber Ciovis (Hamburg) zeigte den Weg mit seiner Forderung, all die vielen sozialen Versorgungseinrichtungen verschwinden zu lassen und eine allgemeine Invalidenfürsorge den Krankenkassen zu übertragen. Durch den Abbau all der kostspieligen Verwaltungseinrichtungen wird schon viel Geld zur Fürsorge übrig. Und war es denn Bäterland möglich, ungeheure Milliarden für den Menschen m o r d zu verpulvern, so wird es auch möglich sein, Millionen für die Menschen e r t h a l t u n g auszubringen.

Stell dich in Reich und Geld, das Ganze zu verkaufen. Was auch, wer's Ganze nicht, dich nicht darin benehmen. Das Ganze wirkt, und du bist dein mit deinen Werken. Satzweber.

Amnestie, Kriegszeitenrechnung und — „Korr.“-Obligatorium

Schon wiederholt hat es im Verbands der Deutschen Buchdrucker Anlaß gegeben, in großzügiger Weise Amnestien ergehen zu lassen, die im gewerkschaftlichen wie auch im speziellen in unserm beruflichen Interesse gelegen haben mögen. Zuletzt erst ist in wahrhaft großherziger Weise im Anfang des Jahres 1925 allen denjenigen Kollegen im Verband Amnestie erteilt worden, die in nicht gerade schöner Weise während der Inflationszeit, der schwersten Zeit für alle Hand- und Kopparbeiter wie auch aller freigewerkschaftlichen Berufsverbände, in sonders und selbstständiger Weise unserm Verbands den Rücken gekehrt haben und seine Erhaltung denjenigen Kollegen überlassen haben, die stets für ihren Schutz und Stütz in schwerer Zeit, eben in h r e n Verband, auch das Letzte zu opfern bestrebt gewesen sind. Also: man hat jenen Kollegen für ihren Verrat an Verband Amnestie erteilt, ohne Rücksicht auf finanzielle Auswirkungen. Was hat man aber auf dem letzten (12.) Verbandstag in Hamburg mit dem Antrag 91 des Bezirks Rotthaus gemacht? Meines Erachtens ist er in den Verhandlungen der eingesetzten materiellen Kommission allzu oberflächlich behandelt und zu wenig beachtet worden (siehe Protokoll). Der Antrag lautete: „Der Verbandstag wolle beschließen, den Kriegsteilnehmern einen Prozentteil ihrer verloren gegangenen Beiträge anzuerkennen.“ Bezirk Rotthaus. — War dieser Antrag wirklich so schwerwiegender Art, daß es in finanzieller Hinsicht unmöglich erschien, allen Kollegen, die Kriegsdienste geleistet,

einen Teil dieser verloren gegangenen Zeit anzuerkennen? Wenn man auf der einen Seite sich den Luxus gestattet, den aus dem Verband geflüchteten Kollegen während der Amnestie auch noch einen Teil der früher geleisteten Beiträge anzuerkennen, so müßte man aber auch andererseits gerecht sein, dem Wunsche, wie er in dem Antrag Rotthaus zum Ausdruck kommt, Rechnung zu tragen. Was dem einen recht ist, muß für den andern billig sein. Nur hätte ich einen Zusatz zu dem oben bezeichneten Antrag zu machen, und der lautet: „Ausgenommen von einer prozentualen Anrechnung sollen alle diejenigen Kollegen sein, die während der Inflationszeit dem Verband den Rücken gekehrt haben.“ Hoffentlich tragen diese Zeilen dazu bei, daß sich die Versammlungen bei der Beratung von Anträgen zum 13. Verbandstag Juni 1926 in Berlin auch mit diesem Thema wieder beschäftigen und der Bezirk Rotthaus sich nicht entmutigen läßt, denselben erneut einzubringen. In Hamburg werden sich ebenfalls Kollegen finden, die ihn dort als Antrag der betreffenden Versammlung vorlegen werden zur Berührung einer großen Anzahl von Kollegen, wie auch zur ausgleichenden Gerechtigkeit. Zum dritten Teil der Überschrift „Korr.“-Obligatorium — ein von mir stets vertretener Wunsch — kann ich von hier aus der Ablehnung wie auch denjenigen Kollegen, die stets in Wort und Schrift für das Obligatorium eingetreten sind, berichten, daß in großen Betrieben, in denen bisher nur ein ganz kleiner Teil der Kollegenschaft freiwillig den „Korr.“ abonnierten, jetzt alle denselben erhalten und — was die Hauptsache ist — auch lesen, denn — die s a h l i c h e Kritik setzt schon wieder ein und kein Geschimpfe mehr, also ist ersichtlich, daß das Obligatorium seine guten Früchte für unsern Verband zeitigen wird. Hoffen wir, daß es sich auch bei den Kollegen, die bei der Einreichung von praktischen Anträgen zum 13. Verbandstag 1926 in Berlin!

Hamburg.

M a z C o h n.

A m e r k u n g d e r R e d a k t i o n : So berechtigt die Kritik des Kollegen C. an jenen Kollegen auch sein mag, die dem Verband in schwerer Zeit den Rücken gekehrt haben, so muß doch beachtet werden, daß auch bei der letzten Amnestie nicht jeder von ihnen nachlos wieder aufgenommen wurde. Nicht wenige wurden ganz abgetrieben und den Wieder aufgenommenen wurde neben teilweise erheblichen Abstrichen an der Zahl ihrer früher geleisteten Beiträge fast durchwegs beinahe für den Betrag der Invalidenunterstützung eine normale Karenzzeit bis zu fünf Jahren auferlegt. Zu Anerkennung ihrer gewerkschaftlichen Verdienste haben sich die Kriegsteilnehmer aber damit abgefunden, auf keinen Fall wurde aber dabei die finanzielle Sicherung der Angehörigen des Verbandes außer Acht gelassen. Etwas anders ist es aber mit der vom Kollegen C. geforderten Anrechnung der Kriegsdienstzeit als Beitragsjahre. Finanziell geht es doch nicht an. Beiträge in größerem Umfang als bezahlt zu berechnen, die in Wirklichkeit nicht geleistet wurden, aber das A u s g a b e n t o n t o des Verbandes auf dem Unterstützungsgebiete belasten würden. Die amnestierten Kollegen haben mit Recht a z a h l e Beiträge eingezahlt, während die Kriegsteilnehmer nach dieser Richtung nur die Möglichkeit verloren hatten, Beiträge zu zahlen und dennoch im Besitz ihrer vollen Rechte bleiben. Aus diesen Gründen dürfte auch eine Erneuerung des Antrages auf Anrechnung der Kriegszeit als Beitragszeit im Verbands keine Aussicht auf Annahme durch den nächsten Verbandstag haben. Es wird vielmehr allen Kriegsteilnehmern wie allen andern Kollegen, die nicht die Zwangslage der Kriegsvordränger von „Gottes Gnaden“ tragen mußten, dafür aber in anderer Weise ebenfalls mehr als genug während des Krieges zu leiden hatten, weit besser damit gedient sein, wenn der kommende Verbandstag darauf bedacht ist, die Kraft und den Stütz des Verbandes für a l l e seine Mitglieder in anderer Weise zu stärken.

Zur Ferienheimfrage

Aber diese Frage wurde im „Korr.“ schon vieles geschrieben. Eine Klärung ist bis heute nicht erfolgt. Dem Haken, an dem die Sache hängt, wurde am wenigsten Beachtung geschenkt: den Geldmitteln. Ferienheime kosten beim Kauf oder Bau sowie bei zweckdienlicher Einrichtung große Summen. Ebenso verschlingen sie laufend Geld zu ihrer Erhaltung und bei notwendig werdenden Neuanstellungen. Eine kleine Firma besitzt ein eigenes Ferienheim, worin ich Aufnahme fand. Daher sollen meine Erfahrungen, welche ich dabei sammelte, hier Veröffentlichung finden: Die Erbauung und Instandhaltung dieses Heimes erfolgte auf Kosten des sozialrechtlich handelnden Firmeneinzelers. Dieser trägt auch die Kosten der Verpflegung größtenteils. Aus eigener Tasche haben Erwachsene 2 M., schulpflichtige Kinder 1 M. täglich zu zahlen. Bedürftige, die darum nachsuchen, werden unentgeltlich aufgenommen. Unterkunft findet jeder Ferienberechtigte, d. h. nach einem Jahr Geschäftszugehörigkeit 7—21 Tage. Das Essen ist reichlich und gut. Annehmlichkeiten, welche jeder Ferienort genießen kann, verursachen ebenfalls nicht unbedeutliche Kosten. Eine Reihe dieser mögen hier erwähnt sein: Auf jedem der drei Stockwerke befinden sich warme Bäder. In jedem der rund 60 Zimmer fließendes warmes und kaltes Wasser. Sehr gute Betten, jedoch nie mehr als zwei im Zimmer, zu jedem Bett ein Kleiderkasten und in jedem Zimmer ein Ruhebett vollständigen das gemütliche Zubehörsystem. Kinder haben eigne Zimmer mit der gleichen Einrichtung neben denen der Eltern. Im Erdgeschoß ist außer dem gemeinsamen Speisesaal eine schön eingerichtete Halle, in der bei regnerischem Wetter die Zentralheizung verzogen macht, wie ungemütlich es außerhalb des Heimes ist. Daneben dienen Musik-, Spiel- und Lesezimmer der Unterhaltung. Rundfunkeinrichtung für viele Hörer vollständigen das Angenehme. Im Untergeschoß sind Küche, Schwimmbad und Wannenbäder untergebracht. Badewäsche stellt die Firma. Neben dem Schwimmbad ist ein gut geheizter, zweckmäßig möblierter Ruheraum mit Einrichtung für gym-

nastische Übungen und einer Personenwage. Wer Bewegung braucht, kann sich auf einer Regelebahn solche schaffen, aber auch Turn- und Tennisplatz bieten dazu Gelegenheit. Wer sich dies alles direkt am Hochwald gelegen, mit herrlicher Fernsicht denkt, hat das Ideal eines Ferienheims wenigstens im Geist vor sich. Wie schon oben angeführt, gehört zu einem solchen Heim viel Geld. Um diesen Umständen unsern Kollegen vor Augen zu führen, beschreibe ich daselbst so ausführlich.

Wir Arbeiter können Ferienheime aus eigener Kraft nur unter schweren Opfern oder aber erst nach langem gemeinsamen Sammeln kaufen oder bauen. Ja, wenn unsern Unternehmern ebenso viel soziales Verständnis zu eigen wäre wie dem obigen! Am Kostenpunkt werden auch die bescheidensten Ferienheimwünsche und -hoffnungen ihr O vor dem K finden.

Auf einen Weg will ich hinweisen, der trotzdem zum Ziel führen könnte: Im „Korr.“ fiel mir ein Bericht über eine Bezirksversammlung auf, welcher sich gegen das Fortbestehenlassen des 20-Pf.-Extrabeitrages für unser Verbandsaus richtet. Wie wäre es, wenn dieser Beitrag auf dem nächsten Verbandstag als dauernd anerkannt würde? Dem Verbandsvorstand sollte hierbei zugestanden werden, den Zeitpunkt zu bestimmen, wo er das Unternehmen auf sichere Grundlage gestellt sieht. Tritt dieser Fall ein, was ja nicht mehr allzu fern sein mag, sollen von den 20 Pf. zehn zur Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge und zehn zur Erhöhung der Erziehung von Ferienheimen verwendet werden. Letztere könnten an die Gauen zurückfließen, um dadurch gauweise zu Ferienheimen zu gelangen. Nehmen wir z. B. unsern Gau mit rund 4000. fahrenden Mitgliedern an, kämen im Jahre etwa 20 000 M. zusammen. Diese Summe müßte nach entsprechender Änderung der Verbandsstatuten zinsbringend bei der Arbeiterbank angelegt werden. In fünf Jahren hätten dann Kapital und Zinszuwachs jene Höhe erreicht, daß an den Erwerb von Ferienheimen herangetreten werden könnte. Größere Gauen kämen früher in Besitz solcher, kleinere später. Wären die Gauen im Ferienheimbesitz, könnte ein gegenseitiger Austausch von Ferienhäusern stattfinden. Die Kollegen mit den Sitten und Gebräuchen anderer Gauen bekanntmachen. Andre Länder, Gegenden und Leute lernten die jüngeren Kollegen, die nicht mehr viel vom „Tippeln“ wissen, dabei kennen. Die Bewirtschaftung, in reinen Berufsferienheimen würde zu viel Sachimpfen getrieben, teile ich nicht. Wenn man in dem eben beschriebenen Ferienheim, welches nur den Angehörigen des eignen Betriebes zur Aufnahme dient, sieht, wie sich die Menschen in der Ferienzeit persönlich viel näher treten, so kann man voraussetzen, daß auch in unsern Reihen dieser Geist der großen Buchdruckerfamilie Eingang findet. Dort ist der Häusler, der sein Geld nicht in der ersten Frau im gleichen Zimmer und Bett, das morgen die Pfuhfrau bezieht. Die größeren Ausflüge werden gemeinsam gemacht. Die gesellschaftlichen Gegensätze schwinden zusehends. Man staunt, wachstiger Kern bei im Geschäft trotz scheinenden Personen in den Ferien zum Vorschein tritt. Im Betrieb wirt sich dies persönliche Schätzen und Kennenlernen günstig für den ganzen Arbeitsgang aus. Davon hat nicht nur der Unternehmer Nutzen. Nein, auch die Arbeiter und Angestellten arbeiten viel mehr Hand in Hand zur eignen Erleichterung.

Aus all diesen Gründen, meine ich, könnten unsere Kollegen ihre grundsätzlichen Bedenken gegen Errichtung von Verbands- und Gauferienheimen lassen. Gewiß, wir könnten uns auch den Naturfreunden anschließen und uns mit deren Heimen begnügen. Für die Verbringung

ihrer Ferien wünschen die meisten jedoch eine gemächliche Unterkunftsstätte. Dies halte ich nur dort für gegeben, wo die Häuser bewirtschaftet werden. Letztere sind aber von den Naturfreunden während der Ferienzeit meist selbst überfüllt. Häuser ohne Bewirtschaftung eignen sich meines Erachtens nur für den Touristenverkehr. Kommt man in ein solches, muß nach vielleicht anstrengendem Marsch zuerst Hof zu zerlegen werden, um abdochen zu können. Auch das hat seine Reize. Allen und Allen bedeutet dies jedoch nicht den Idealzustand der Ferienunterkunft. Besonders dann, wenn Frau und Kind mit dabei sind, ersuche ich nur die Ferienheime mit vollständiger Verpflegung als das Gebührende. Die Frau voll zu auch Ferienruhe genießen und sich nicht mit Kochen und häuslichen Sorgen und Geschäften plagen müssen.

Deshalb meine ich, mein Vorschlag betreffend Weiterbestehenlassen des 20-Pf.-Extrabeitrags, je häufiger zur Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge und zur Errichtung von Ferienheimen, wäre der Beachtung und späteren Annahme wert.

Stuttgart.

Ein Verbandsferienheim, auch in der Mitte Deutschlands, würde von den meisten Kollegen schon infolge der hohen Reisekosten nicht in Anspruch genommen werden können. Eine Gewerkschaft, wie unsre, hat noch eine Reihe näherliegender, dringender gewerkschaftliche Aufgaben zu erfüllen und sollte alle Kraft diesen gewidmet sein. Viele unserer jungen Kollegen aber werden gegenwärtig und wahrscheinlich auch in Zukunft, freiwillig oder notgedrungen, zum Wanderstabe greifen müssen. Diesem Umstande sollten wir mehr, als in den letzten Jahren geschehen, unsere Beachtung widmen.

Vor dem Kriege hatten sich unsere wandernden Kollegen immerhin einer besonderen Fürsorge von Verbandsseite und dessen Mitgliedschaften zu erfreuen. Fast in allen größeren Mitgliedschaften war eine Herbergscommission, die für anständige Unterbringung unserer Reisenden besorgt war. Leider war die Aufnahme in manchen „hülflosen Pennen“ oft zu liebevoll, man verließ sie ärmer als man angekommen war. Die „Legitt“ schwamm schwer belastet schon voraus und hinterließ strömende Kumpfsinnig der Inhaber von Zahlstelle zu Zahlstelle. Anders reißt jetzt der größte Teil unserer jungen Generation. Mit Lautenschlag und Singling ziehen sie frühlich die Straße und genießen rechte Wanderlust. Fast alle Tage kommen schon junge, wandernde Kollegen in unsre Druckerei, um durch den Filialkassierer ihr Extrablatikum in Empfang zu nehmen. Wir alten Kollegen haben unsre Freude an den jungen, oft schmunzelnden Wandergeiern. In zweifelhafter Wanderleistung und Ausübung, viele mit ihrer Ausstattung, denüben sie ihre Wanderzeit in „hülflosen Pennen“, als wöhl die meisten von uns Allen, die oft von Zahlstelle zu Zahlstelle hetzen, um auf hülflose Pennen sich ihre Sorgen zu vertreiben. Dem Gefühl unserer jungen reisenden Kollegen, sich ihre Wanderzeit zu einem Erlebnis auszubauen, an dem sie ihr Lebenlang zu gedenken haben, sollten wir in weitestem Maße entgegenkommen. Geben wir unsern jungen reisenden Kollegen wieder wie früher, bei Versammlungen, Johannistagen, Weihnachtstagen usw., einen Ehrenplatz. Aber auch für entsprechende Unterkunft müssen wir Sorge tragen. „Hülflose Pennen“ wie vor dem Kriege (Mutter Minkler, Anter, Sporer, Bauer Kater, Hecht und wie sie alle hießen) und sonstige Gasthäuser sollten schon wegen der hohen Getränkepreise im vornherein ausgeschlossen sein. In den meisten Orten befinden sich schon Wander- und Jugendherbergen, mit diesen zwecks entsprechender Unter-

bringung unserer Reisenden sollten sich unsere lokalen Instanzen ins Benehmen setzen. Auffallen viele unserer jungen schmunzelnden Reisenden sind Naturfreundemitglieder. Sie genießen ohne weiteres das Gastrecht in den Naturfreundeheimen, und wir dürfen sie bloß fragen, wie es ihnen auf diesen fast durchwegs in idyllischer Lage gelegenen Heimen gefällt. Bei ganz geringen Ausgaben können sie in gebührender, haushälterischer Zucht Körper und Geist stärken. Der Verein Naturfreunde hat nicht nur in ganz Deutschland verstreut viele Hunderte von Wander- und Ferienheimen, sondern auch in Österreich, der Schweiz usw. Nicht allein für unsre wandernden Kollegen, sondern auch für unsre im Genusse des Urlaubs stehenden Kollegen kämen diese Ferienheime der Naturfreunde in Betracht. Zumal für solche Kollegen, die gern mit Frau und Kind ihren Urlaub in freier Natur verbringen möchten, sich aber nicht den Luxus einer Sommerfrische in einem Gasthause leisten können. Wir haben Naturfreundeheime mit netten, sauberen Zimmern für Familien, wo man sich ganz nach seinem Bestehen und den Geldverhältnissen entsprechend ausleben kann. Auch auf den allermeisten bewirtschafteten Heimen ist Gelegenheit, daß die Familien selbst für sich kochen können. Wie schon eingangs erwähnt, haben die Gewerkschaften in erster Linie ihren gewerkschaftlichen Aufgaben ihre ganze Kraft zu widmen, die Gründung von Verbands- und Ferienheimen würde ihre Kraft zu sehr zersplittern und belasten. Dies sollte man den hierfür in Betracht kommenden Vereinen überlassen und dieselben in ihren ideoellen Bestrebungen nach Möglichkeit unterstützen und Förderung angeben lassen im Interesse der ganzen aufgeklärten Arbeiterschaft. Auch eine Verständigung unsres Verbandes mit den Naturfreunden, unsern Mitgliedern das Gastrecht gleich den Mitgliedern der Naturfreunde einzuräumen, wäre gewiß in beiderseitigem Interesse gelegen. Möchte unser diesjähriger Verbandstag diesen Fragen einige Minuten seiner kostbaren Zeit widmen und dem Zentralvorstand Vollmacht erteilen zum Abschluß eines im vorgebrachten Sinne günstigen Abkommens.

Fr. Ku. (München).

Korrespondenzen

Allenstein. Am 16. Januar fand unsre Generalversammlung statt, die leider sehr schwach besetzt war. Aus dem Jahresbericht sei erwähnt, daß der Mitgliederbestand am Schluß des Vorjahres 18 betrug. In den Vorstand wurden die bisherigen Kollegen wiedergewählt. Die Kassenergebnisse können als sehr gut bezeichnet werden. In der Lehrlingsabteilung sind fast alle Lehrlinge aufgenommen. Unsere Typographische Abteilung zeigt sich ebenfalls. Es fanden einige Druckausstellungen und eine außerordentliche Versammlung statt, in welcher Kreisvorsitzender Bajer (Königsberg) einen sehr interessanten Vortrag über die Verhältnisse der Schriftgießer hielt. Am 20. Januar konnten wir in unsrer Mitte unsere Gauvorsitzer Reiner (Königsberg) begrüßen. Aus diesem Anlaß fand eine außerordentliche Versammlung statt, die sehr zahlreich besetzt war. Herliche Begrüßungsworte spendete der Vorsitzende dem Gast und gab zwei Neueraufnahmen bekannt. Alsdann hielt Kollege Reiner einen sehr interessanten Vortrag über „Lohn- und Tarifpolitik“. Mit regem Interesse und reichem Beifall wurde der Vortrag aufgenommen. Die darauf folgende Aussprache zeugte von dem lebhaftesten Interesse der Kollegen. Wegen zu weit vorgeleiteter Stunde konnten nicht alle Punkte der Tagesordnung erledigt werden. Auch an dieser Stelle sei unserm lieben Gauvorsitzer nochmals herzlich gedankt.

Allenburg. Unsere Bezirkshauptversammlung war von etwa 50 Proz. der Mitglieder besucht. Nach Begrüßung der auswärtigen Mitglieder und geschäftlicher Mitteilungen gab der Geschäftsführer des hiesigen Gewerkschaftshauses „Goldener Pfug“ einen Bericht über den

Kalenderschau 1926

Dem Buchdrucker bietet die alljährliche Kalenderschau eine willkommene Gelegenheit, sich einen Überblick über den Stand der Drucktechnik zu verschaffen, denn der Kalender ist schon immer als ein Wertmesser für die Leistungsfähigkeit einer Druckerei bewertet worden. Auch als wirksames Werbemittel wird der Kalender stets seinen Zweck erfüllen, wenn er durch ein gefälliges Äußeres dazu beiträgt, als Wandschmuck in den Bureaus der Wirtschaft und der Industrie Verwendung zu finden. Erstreulicherweise bedienen sich dieses Werbemittels die Firmen des graphischen Gewerbes in steigendem Maße, und es ist interessant, zu verfolgen, in welcher Weise die Frage dieses Reklamewandschmuckes in diesem Jahre gelöst wurde. Im allgemeinen kann gesagt werden, daß ein früher künstlerischer Zug und demzufolge eine Vorwärtswirkung in der Geschmacksbildung zu verzeichnen ist. Alle möglichen Techniken haben in farbenfroher, feinsinniger und lebendiger Weise Anwendung gefunden. Der Konstruktivismus ist noch schwach vertreten, ein Beweis, daß die elementare Typographie als schmückendes Ausdrucksmittel noch nicht gewildigt wird.

In der nachfolgenden Besprechung soll versucht werden, die Vorzüge und Nachteile der einzelnen Arbeiten kritisch zu beleuchten.

Mergenthaler Schreibmaschinen-Fabrik, Berlin. Eine reizende Gabe für den Schreibtisch stellt dieser Tischkalender dar. Die Unterlage besteht aus Schwarzblech, das mit Zellulose überzogen ist und auf der in lapidarer Weise in Grotteskschrift das Wort „Dinotype“ in Gold eingelassen ist. Eine Cicero fette Linie, ebenfalls

in Gold, auf deren unteren Leiste die Firma ganz dezent angebracht ist, sagt alles harmonisch zusammen. Leider ist der Kalenderblock in der Schriftwahl nicht glücklich. Auf den Rückseiten der Kalenderblätter sind die Erzeugnisse der Firma in wirksamer Weise, unterstützt durch bildliche Darstellungen, angebracht. Dieser Kalender wird seinen Zweck sicher erfüllen und nicht achillos beiseite gelegt werden.

Chr. Hofmann-Steinberg'sche Farbenfabriken, G. m. b. H., Celle. Dieser Blockkalender, entworfen von Kettel, ist ein würdiger Repräsentant einer Farbenfabrik. Das Deckblatt ziert ein raffiger Kopf der Pallas Athene in feinabgestimmter Farbenharmonie. Die Kalenderblätter, gedruckt in Offset, haben eine schöne symmetrische oben = unten = Einteilung, der sich bildliche Darstellungen der verschiedenen Zweigstellen anschließen. Als Zwischenblätter sind Werte bekannter Künstler in technisch vollendetem Vierfarben-Druck eingekauft.

Georg Westermann, Braunschweig. In bekannt vornehmer Weise bringt auch der diesjährige Kalender für den feinen empfindenden, verwöhnten Ästhetiker einen künstlerischen Genuß durch Bildproben in Bierfabrik aus den Monatsfesten des Verlages. Die abreibbaren Kalenderblätter, harmonisch in Einteilung und Farbgebung, tragen unten ausgewählte Sentenzen von Theodor Storm, Hermann Claudius usw., die geeignet sind, den eintönigen Werktag auch einmal von der launigen Seite zu nehmen.

Weser-Warte, G. m. b. H., Minden. Dieser Monatsdreißigerkalender hat für den Laien eine starke Werbewirkung. Auf den einzelnen Monatsblättern wird in knapp gehaltener Schwarz-Weiß-Manier die Entstehung

eines Druckwerkes bzw. einer Zeitung veranschaulicht. Die Druckstöcke sind von Fritz Teichert in Linoleum meisterhaft geschnitten und wirken gerade durch die einfache Linienführung sehr eindrucksvoll. Wenn die Monate in einer zweiten Farbe gedruckt worden wären, würden die Blätter etwas freundiger stimmen. Auch das Deckblatt und die Klappwand hätten durch eine weitere leuchtende Farbe gewonnen.

Alfred Reiff, G. m. b. H., Papiergroßhandlung, Berlin. Die Klappwand dieses Abreißkalenders ist in Offsetdruck hergestellt, die in der Reproduktion der Farben angenehm wirkt. Trotz der guten Allgemeinwirkung ist das propagandistische Motiv des Entwurfs von Blankow doch etwas zu aufdringlich herausgearbeitet. Der Abreißblock ist reizlos und drückt auf den künstlerischen Wert. Dieser Mißstand ist leider eine oft wiederkehrende Erscheinung.

Arbeiterdruckerei, G. m. b. H., Gölzig. Eine in Form und Farbe sehr empfindenes buchdruckerisches Zeugnis. Die in Ego-Schrift schön gestellten Zeilen wirken sehr gut. Das Deckblatt bildet eine harmonische Abwechslung zu der in vorzüglicher Farbenharmonie gehaltenen Klappwand. Die Ornamente ist klüß und kraftvoll. Es ist schade, daß die Zeilen über der Ego-Schrift nicht weggelassen worden sind, denn sie wirken kleinlich und förend. Die Kalenderblätter sind mit künstlerischen Zeichnungen in Holzschnittmanier glücklich durchzuführen.

Gebirder u. Bauher, Rudwigschafen a. Rh. Dieser in Hochformat gehaltene Halbjahres-Wandkalender besticht durch seine Farbensprudigkeit und seinen hochstrebenden ornamentalen Aufbau. Die auf rotem Grunde in Negativ stehende Firma wirkt durch die schwungvolle

Stand deselben, welcher zeigte, daß das Unternehmen der Arbeiterkassensatzung gut besteht. Anschließend wurde der Jahres- und Kassenbericht des Bezirks besprochen, die gedruckt vorliegen, wobei festzustellen war, daß es rüftig vorwärts geht. Die Beschäftigung im Bezirk war bis jetzt eine gute zu nennen. Die Mitgliedszahl hat den höchsten Stand von 1914 beträchtlich überschritten. Für musterghüftige Führung der Kassen- und Vorstandsangelegenheiten wurde einstimmig Entlastung erteilt. Ebenfalls ergab die Vorstandswahl die bisherige Zusammensetzung. Nach Entgegennahme rein geschäftlicher Angelegenheiten schloß der Vorsitzende Reichardt die gut verlaufene Versammlung.

Annaberg-Buchholz. Die Jahreshauptversammlung unseres Ortsvereins fand am 21. Januar in Annaberg unter Beteiligung von 40 Kollegen statt. Vorsitzender Max Hempel gab, nachdem ein Schreiben des Gauvorstandes zur Vorlesung gebracht worden war, einen sachlichen Jahresbericht, in welchem er besonders die Interesselosigkeit verschiedener Kollegen am Verbandsdesse geistete. Bei der Wahl zum Vorstand wurden u. a. Kollege Max Hempel als Vorsitzender und Kollege Fris Gobel als Kassierer wiedergewählt. Dem Vorstande wurde für die Führung der Vereinsgeschäfte Dank ausgesprochen. Kassierer Gobel trug dann den Kassenbericht vor, der mit einem guten Zustand abschloß. Es wurde ihm Dank gesagt und Entlastung erteilt. Unter „Verschiedenem“ wurden noch einige interne Angelegenheiten besprochen. — Ein gemüthliches Beisammensein, das durch stimmungsvolle Wieder eines Lautensängers verstärkt wurde, hielt die Kollegen noch einige Stunden gesellig vereint.

Ansbach. Der hiesige Ortsverein hielt am 15. Januar seine Generalversammlung ab, die von 41 Kollegen besucht war. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende eines verstorbenen Kollegen, dessen Andenken die Versammlung in der üblichen Weise ehrte. Aus dem Jahresbericht des Vorstandes ging hervor, daß die Konjunktur am Orte im vergangenen Jahre eine gute war. Der Ortsverein zählt 68 Mitglieder; 8 Lehrlinge sind der Lehrlingsabteilung angeschlossen. Bei der Vorstandswahl wurden die Kollegen Krieg als Vorsitzender und Schübe als Kassierer gewählt. Kollege Würmdobler legte sein Amt als erster Vorsitzender im Laufe des vergangenen Jahres nieder, nachdem er es seit dem Jahre 1919 innegehabt hatte. Den wichtigsten Tagesordnungspunkt bildete ein Antrag zum Verbandstag 1926, betreffend den Ausbau der Invalidenunterstützung unseres Verbandes. Dieser Antrag fand die Zustimmung aller anwesenden Kollegen. Die Formulierung des Antrags wurde jedoch bis zur Februarversammlung zurückgestellt. Zum Schluß sei noch angefügt, daß in Ansbach ein Kollegengesangverein „Typographia“ gegründet wurde, der inzwischen bereits seine Existenzfähigkeit bewiesen hat.

k. Barmen. Unsere Generalversammlung war von 104 Kollegen besucht. Der Vorstand wurde in seiner alten Zusammensetzung wiedergewählt. (Vorsitzender: Otto Bellingrath, Kassierer: Heinrich Söding.) Der Vorsitzende erstattete den Jahresbericht. Das Vereins- und Versammlungsleben war verhältnismäßig reger. Die Mitgliedszahl beläuft sich auf 238. Der Beschäftigungsgrad war bis Oktober gut, doch keine Konditionslosen am Orte zu verzeichnen waren, dann setzte allmählich ein Rückschlag ein, der die Arbeitslosenzahl beträchtlich anschwellen ließ. Die 48-Stunden-Woche ist seitens durchgeföhrt. Zur Unterstützung der arbeitslosen Kollegen wird ein Extrabeitrag erhoben. Hervorzuheben ist noch, daß zu Pfingsten dieses Jahres in Barmen der Rheinisch-Westfälische Buchdrucker-Gängertag stattfand, zu dem von nach und fern eine starke Teilnahme erwartet wird, ist es doch der erste, der nach dem Kriege im Gau Rheinland-Westfalen abgehalten wird.

Wilschdorf. In unserer Generalversammlung am 23. Januar erfolgte zunächst die Erledigung der verschiedenen Eingänge und die Aufnahme eines Gutenbergsbündlers in unsere Reihen. Nach Erstattung des Kassen- und Kartellberichtes gab unser Vorsitzender einen ausführlichen Jahresbericht. Daraus war zu ersehen, daß sich auch

unser Ortsverein im vergangenen Jahr gut weiter entwickelt hat. Der darauf folgende Bericht über unsre im Dezember v. J. veranstaltete Buchdrucker-Ausstellung war nur eine Bestätigung des Vorgesagten. Die hierauf vorgenommenen Wahlen für den Vorstand ergaben dessen einstimmige Wiederwahl.

Breslau. In unserer Versammlung am 21. Januar wurde eine Neuaufnahme vollzogen und das Andenken von vier verstorbenen Brüdern und treuen Verbandskollegen gelehrt, darunter des Seniors der schlesischen Buchdrucker im Alter von 89 Jahren, der noch voriges Jahr an der Feier des Johannistages in Münsterberg teilgenommen hat. Leider mußten auch sieben Kollegen wegen Resten zum Ausschuß empfohlen werden. Hierauf hielt Arbeitsekretär Feiler einen Vortrag über „Invaliden, Witwen- und Waisenversorgung nach den neuesten Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung“. Nach Erörterung der wichtigsten Bestimmungen über die Beitragsleistungen und die zu erwerbenden Rechte zeigte der Referent an einigen Beispielen, wie durch Nichtbeachtung überhaupt geringfügiger Bestimmungen im Geleze der Versicherter sämtlicher Rechte verlustig gehen kann. Eine Gegenüberstellung mit der Angestelltenversicherung ließ die Mängel an dem Invalidenversicherungsgeleze in manchen Punkten deutlich hervortreten. Es gilt daher, das an und für sich gute Geleze weiter auszubauen, damit der Arbeiter bei eintretender Arbeitsunfähigkeit wenigstens notdürftig versorgt ist. Erreicht werden kann das Ziel nur durch Unterstützung derjenigen Parteien, die für den Ausbau der Sozialgesetzgebung eintreten und nicht einem Abbau derselben das Wort reden. Ein Merkblatt, das beim Ableben eines Kollegen dessen Witwe übergeben wird, unterrichtet diese über die von ihr wahrzunehmenden Rechte. Unter „Mittelungen“ wurde betannt gegeben, daß am ersten Osterfeiertag zur Feier des 53. Stiftungsfestes des Ortsvereins sowie aus Anlaß des 60 jährigen Verbandsjubiläums ein Herrentag stattfindet mit Begrüßung der Gautagsdelegierten und Ehrung der Jubilare. Gaulehrlingsleiter Bernd forderte zur Mitarbeit an der Erziehung der Lehrlinge sowohl in hiesiger wie in gewerkschaftlicher Beziehung auf und gab betannt, daß am 10. April ein Elternabend stattfindet, an welchem rege Beteiligung seitens der Kollegengehrt erwartet wird. Zum Kapitel Lehrlingsunterstützung konnte mitgeteilt werden, in welcher Weise in den Schulen für unsern Beruf Propaganda gemacht wird, indem sich von 28 Schülern einer hiesigen Volksschule 12 für den Buchdruckerberuf entschieden. Anträge zur Verbandsgeneralversammlung sind bis zum 15. März an den Ortsvorstand einzureichen.

Dresden. (Korrektoren.) Am 21. Januar hielten wir unsere Hauptversammlung ab. Der Besuch war zufriedenstellend. Vorsitzender Schlimann gab zum gedruckten vorliegenden Geschäftsbericht noch nähere Erläuterungen. Die Vereinigung wuchs von 87 auf 109 Mitglieder im Berichtsjahre, so daß im Gau Dresden die Korrektoren fast reiflos der Sparte angehörien. Eine Statistik ergab im Gau eine mäßige Überimmumbehaftung im Durchschnitt. Besonders trag steht es aber noch in punkto Arbeitsräume und Nachschlageverleze aus. Der breiteren Raum-nach im vergangenen Jahre die Besprechung gewerkschaftlicher und sachlicher Fragen ein. Der agitatorische Wert von Wanderversammlungen wurde besonders hervorgehoben. Die gute Beteiligung an den der Fortbildung dienenden Versammlungen bewies die Erkenntnis des Wertes der Fortbildung. Besondere Sorgfalt wurde der Bücherei zugewendet. Der Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt und dem Kassierer Entlastung erteilt. Für die Zukunft wird eine Verbreiterung der Arbeitsgemeinschaft auf alle Sparten angestrebt. Hoffentlich geht es im 21. Jahre immer weiter aufwärts und vorwärts, denn Einigkeit macht stark!

Wilmern. Zu einer schönen und eindrucksvollen Feier hatten sich am 23. Januar die Mitglieder des Ortsvereins mit ihren Angehörigen zusammengefunden. Galt es doch, den Tag zu begehen, an dem vor 20 Jahren der Grundstein zum Ortsverein gelegt wurde. Auch unser Bezirks-

vorstehender, Kollege Meister (Münster), und der Vorstand des Ortsvereins waren dazu erschienen. Eigentlich konnte der Ortsverein seinen 45. Geburtstag begehen, denn der jetzige hatte schon zwei Vorgänger und Verbandsmitglieder haben in der Zwischenzeit immer hier gestanden, wenn auch nur vereinzelt. Leider fielen aber beide Vorläufer den damaligen Verhältnissen zum Opfer. Das in beschleunigtem Rahmen gedachte Fest bot den Erschienenen eine reiche Fülle von Darbietungen ersten und heiteren Inhalts, so daß alle Besucher voll auf ihre Kosten kamen. Nach begründeten Worten des Vorstehenden R. Heise schiederte Kollege Meister den Werdegang der Organisation der Buchdrucker in Wilmern. Dies fiel ihm um so leichter, als er selbst den ersten Ortsvereins geleitet hat und seit seinem Weggange von Wilmern immer in engerer Zuführung mit den Wilmerner Kollegen geblieben ist. Er schloß seine interessanten Ausführungen, die oft von lautem Beifall unterbrochen wurden, mit einem warmen Appell an die Kollegen und den gewerblichen Nachwuchs, stets treu zusammenzufassen und eifrige Mitglieder des Verbandes zu bleiben. Sein Hoch galt dem Ortsvereins Wilmern. Reicher Beifall, auch seitens der Eltern der vollständig erschienenen Lehrlinge, bewies, daß Kollege Meister allen aus dem Herzen gesprochen hatte. Von nachfolgenden Rednern wurden seine Ausführungen noch unterstrichen. Der zweite Vorsitzende des Ortsratstells überreichte gleichzeitig eine mechanische Klingel als Geburtstagsgeschenk. Nur zu schnell vergingen die Stunden unter Vorträgen, Gesang und Tanz. Alle Anwesenden trugen dazu bei, den Abend recht gemüthlich zu gestalten. Daß das obligate „Töötchen“ nicht fehlte, versteht sich am Rande. Auch bleibe nicht unerwähnt, daß der Verein seit seiner Gründung in ein und demselben Lokal tagt, über welches Ereignis unser Vereinswirt, Herr S. Schmidt, entsprechend quitierte. Hoffen wir, daß der Abend noch recht lange den Beteiligten in Erinnerung bleibt. Unser Ortsvereins zählt augenblicklich 19 Mitglieder.

M. Wilschdorf. Unsere Jahreshauptversammlung am 16. Januar hatte sich eines verhältnismäßig guten Besuches zu erfreuen, und war auch von hoffnungsvollem Geleze getragen. Einen breiten Raum in den Erörterungen der Versammlung nahmen die Vorgänge bei der Firma Fr. Diez ein, welche mit ihren Entlassungen und Lohnkürzungsversuchen in üblicher Weise von sich reden macht. Nicht nur, daß sie mit Hilfe des Demobilierungskommissars die Entlassung von 70 Personen angebahnt erhielt, verdrüßte sie auch, die überörtlichen Löhne ganz bedeutend zurückzuführen, indem sie wiederum sieben Kollegen kündigte und diesen gleichzeitig ein neues Arbeitsverhältnis mit bedeutend niedrigeren Löhnen anbot, nachdem ihr erster Antrag, der ganzen Belegschaft ein Drittel der Leistungszulage abzubauen, von einer Belegschaftsversammlung abgelehnt worden war. Die Generalversammlung war sich klar darüber, daß diese Maßnahme nur die Einleitung zu einem großzügigen Lohnabbau des ganzen Buchdruckunternehmens darstellt, und war einmütig von dem Willen befeht, sich hiergegen zur Wehr zu setzen. Das, ließ die Distussion, an der sich mehr als 20 Kollegen beteiligten, einseitig erkennen. Es wurde dem Vorstande Vollmacht erteilt, einen Extrabeitrag zur Abwehr dieser Anschläge auszusprechen, wenn diese Versuche weitere Kreise ziehen sollten. Die Versammlung nahm noch Stellung zur Frage eines örtlichen Zuschusses zur Arbeitslosenunterstützung. Die Versammlung ging über den Bericht des Vorstandes, 3 M. pro Woche zu bewilligen, hinaus und beschloß einen örtlichen Zuschuß von 6 M., wozu sich die Erhebung eines höheren Beitrages erforderlich macht, was in der nächsten Versammlung gesehen soll. Die gedruckt vorliegenden Jahresberichte wurden gutgeheißen. Es wurden noch einige Wahlen geföhrt, nachdem der Vorstand bereits in der Dezemberversammlung wiedergewählt war.

Erlangen. Am 21. Januar fand unsere Generalversammlung statt, die von 32 Kollegen besucht war. Nach Erledigung verschiedener örtlicher Angelegenheiten wurde der Kassen- und Kartellberichtes gab Vorsitzender Pfister

Sinnführung der Schrift trotz der Zartheit eindringlich. Die Kellame ist auf den vertikalen Leisten sehr geschickt angebracht und die horizontalen, auf gelbem Grund stehenden Monatsnamen in Groteskschrift bilden eine harmonische Verbindung. Die Ornamentik um die Jahreszahlen ist zwar nicht natürlich, doch paßt sie sich dem Ganzen hübsch schmückend an.

Buchdruckerei Gebrüder Müller, G. m. b. H. („Baugener Tagesblatt“). Kalender Lausitzer Künstler (herausgegeben von Dr. Frenzel, Baugern) ist der Titel dieses schönen und praktischen Wochen-Arbeitskalenders. Die linke Hälfte des Kalenderblattes ist mit Zeichnungen und Holzschnitten Lausitzer Künstler in geschmackvoller Weise illustriert und außerdem mit launigen Sprüchen bedeckt. Das Deckblatt ist von F. Kurth stoff entworfen, wenn auch der nackte Maler eher einem Akteuren als einem Kunstschaffenden ähnelt.

W. Pfannkuch & Co., Magdeburg. Ein kleiner, niedlicher Kalender in Kautenform, der sich sehr gut als Zimmerkalender eignet. Das Kalendarium besteht aus schmalen Wochenstreifen und ist aus der Berliner Grotesk einfach, aber geschmackvoll geföhrt. In Federmanier hergestellte Monatsvignetten zieren die Köpfe. Eine etwas freudigere Stimmung wäre erzielt worden, wenn eine zweite Farbe die sonst sehr geschmackvolle Rückwand beleben würde. Das hierzu gehörige Kundschriften ist eine vorzügliche Akzidenzarbeit.

S. m. Lucas, Eberfeld. Dieser in zwei Farben sauber in Offset gedruckte „Burgenkalendar“ hat eine eigne künstlerische Note durch die stimmungsvollen Abbildungen deutscher Burgen. Der Übergang von der Kopfzeichnung zum Text ist sehr geschickt geföhrt, denn die großen

Tageszahlen passen sich in der Zeichnung dem Kopf sehr geschickt an. Der grüne Ton als Untergrund fördert die malerische Wirkung der Burgenbilder.

Hoffmann & Reiber, Görlitz. Die Kalenderrückwand wird durch eine im farbenfrohen Genre gehaltene Ansicht der Stadt Görlitz wirkungsvoll befehrt. In einem klaren Kontrast steht die in Negativ gehaltene Jahreszahl des Deckblattes zu der auf braunem Grund befindlichen Ornamentik. Die Kalenderblätter sind geschmackvoll in drei Farben gehalten und durch gut geföhrt Kellamen sowie farbigen Beilagen in Buch- und Offsetdruck durchschlossen.

Gutenberghaus W. Merkel, Klagenfurt. Dieser Wandkalender wirkt zwar durch leuchtende Farben, läßt aber jedes Feingefühl für Proportionen vermissen. Die massigen blauen Bänder oben und unten zerören die schöne, wirkungsvolle Mittelpartie. Der Druck selbst ist jedoch sehr gut, und ebenso verdient die von W. Werbowald gezeichnete Hausansicht lobende Anerkennung.

Stähle & Friedel, Stuttgart. Der von Trueb geschaffene Entwurf verkörpert die Bestrebungen der Konstruktivisten. Einfach und logisch im Aufbau, aber leider in der Farbgebung unglücklich. Das Gelb wirkt zu giftig und zu dominierend, und zwar um so mehr, wenn das Deckblatt mit seiner reizenden Ornamentierung und dem kräftigen roten Untergrund abgerissen ist. Eine große Fernwirkung wird durch die kräftigen waagrechten rot-weißen Striche erzielt. Die Druckausführung in Offset ist einwandfrei.

Friedrich Meyer & Co., Lübeck. Dieser Kalender verbandt seine Wirkung der schwarz-rot-goldenen Leiste mit der negativen Jahreszahl. Die obere Partie hätte gewon-

nen, wenn das Kalendarium weggelassen worden wäre. Der in Holz geschnittene Titel „Lübecker Volksbote“ mit dem eleganten Initial ist eine gute Leistung.

B. R. I. S. H. E. U. N. I. V. E. R. S. I. T. Ä. T. S. B. U. C. H. u. n. d. S. T. E. I. N. D. R. U. C. K. E. I., G. i. e. h. e. n. Der Entwurf stammt von dem bekannten Berliner Plakatkünstler Lucian Bernhard. Das Format ist etwas groß ausgefallen. In eleganter und trotz dem kräftiger Götisch stehen die Zeilen „Gieherer Anzeiger“ am Kopfe. Die Jahreszahl ist reich ornamentiert und bildet gewissermaßen das schmückende Element des im allgemeinen linear gehaltenen Entwurfs. Das Kalendarium ist in Bernhard-Struktur geföhrt und zu beiden Seiten des wuchtigen Mittelfeldes angeordnet. Die Farbenwirkung ist auf Kellame eingestuft.

Karl E. H. e. y. e. r., M. a. i. n. z. Das 50jährige Bestehen gab der Firma Veranlassung, einen besonderen Beweis ihres technischen Könnens in Buch-, Stein- und Offsetdruck zu erbringen. Der Kalender wirkt eigenartig und ist in den Farben sehr dezent abgestimmt. Auch das Kalenderdeckblatt zeigt gute künstlerische Schulung. Dieses Moment vermissen man leider bei den Wochenblättern, die ein unmotiviertes Gemisch von Bernhard-Antiqua, Ägyptienere und Grotesk aufweisen. Künstler und Handwerker haben hier nicht miteinander, sondern nebeneinander gearbeitet. Die vorzügliche Druckausführung sei besonders lobend hervorgehoben. **L. u. d. w. i. g. W. a. g. n. e. r., B. a. d. M. a. u. h. e. i. m.** Diesem Kalender fehlt die Flächenharmonie. Der Kopf ist durch zu umfangreichen Text direkt überladen, und auch die Gruppierung läßt zu wünschen übrig. Die beiden braunen Querleisten mit den Monatsnamen wirken statt verbindend nur störend, da das Schwergewichtverhältnis zu den seitlichen Linien fehlt.

einen kurzen Rückblick über das abgelaufene Geschäftsjahr. Wie überall, so war auch hier der Geschäftsgang ein sehr guter, kaum aber gegen Ende des Jahres etwas ab. Der Versammlungsbesuch war durchschnittlich gut, mit Ausnahme einiger Kollegen, die es sich zur Aufgabe machten, den Versammlungen fernzubleiben. Die tariflichen Verhältnisse sind im großen und ganzen befriedigend. Die Parole des DDB, die Lehrlingskata auszunutzen, wurde befolgt, und die Folge hiervon ist, daß in sämtlichen Druckereien Lehrklinge eingestellt wurden. Zum Schluß seines mit Beifall aufgenommenen Referates appellierte der Vorsitzende an die Kollegen, einzig zu sein, denn nur durch Geschlossenheit und Einigkeit sei ein weiteres Vordringen möglich. Die bisherige Vorstandsführung wurde per Affirmation wiedergewählt. — Die Mitgliedschaft Erlangen steht in diesem Jahre im Zeichen der Jubiläen. Die Mitgliedschaft selbst kann heute ihr 60jähriges Bestehen feiern. Unter 88 jähriger Invalidität Kollege Hans Fischer ist im Mai 70 Jahre organisiert und wohl einer der ältesten organisierten Arbeiter Deutschlands. Er kam am 3. Mai 1851 in die Lehre. Nach beendeter fünfjähriger Lehrzeit trat er 1856 der Erlanger Krankens-, Invaliden-, Witwen- und Waisenkasse bei. Anfang der sechziger Jahre war er reger tätig und nahm an allen Bewegungen teil. Er war Kassierer, als die Erlanger Buchdrucker 1864 den „Mittelrheinischen Buchdruckerverband“ und nach dem Austritt aus diesem Gau den „Frankischen Buchdruckerverein“ angehörte. Die Kollegen Stephan Koch, in den Verband eingetreten am 19. Februar 1876, Karl Brämer, am 17. April 1876, und Philipp Schmidt am 15. April 1876, können auf eine 50 jährige Verbandszugehörigkeit zurückblicken, während Kollege Wolfgang Dorn im April sein 50 jähriges Berufsjubiläum begeht. Die Kollegen Johann Stein, Joseph Springer und Jakob Sabel gehören 25 Jahre dem Verbands an. Zu Ehren dieser Kollegen findet am 24. April im Lokal Gasthaus „Zum schwarzen Bären“ ein Festabend statt.

Frankfurt a. M. (Korrekturen). Der Besuch unserer Hauptversammlung, die am 17. Januar tagte, war erfreulicherweise ein guter. Dem Bericht des Vorsitzenden war zu entnehmen, daß unsere Versammlungen, die durchweg mit fachwissenschaftlichen und literarischen Themen belebt waren, trotzdem nur einen Durchschnittsbesuch von 33 1/2 Prozent der Mitglieder aufzuweisen hatten. Die Mitgliederzahl ist von 30 auf 35 gestiegen. Der Kasienbestand ist ein guter; dem Kassier wurde Entlastung erteilt. Der amtsübe Vorstand (das Triumvirat zählt 182 Leute) hatte mit seiner Abtunung wenig Mühe und mußte sich mit seiner Wiederwahl einverstanden erklären. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete der Vortrag des Kollegen Schimann (Dresden) über das zeitgemäße Thema: „Auf dem Wege zu neuen Organisationsformen“. In ausführlicher Weise zeigte Referent die Wege, die beschritten werden müssen zur Umformung der Berufsverbände in Industrieverbände. Mit anzuerkennender Sachlichkeit deutete er auf die Fehler und Mängel hin, die beiden Organisationsformen anhaften, und schloß sein lehrreiches Thema mit den Worten ab: „Wir haben die Macht in Händen, wenn wir es nur einig sind.“ Mit großem Beifall wurde der Vortrag aufgenommen.

Den Alten zur Ehr', den Jungen zur Lehr'!

50 jährige Verbandsjubiläen.

Seher Eduard Kanowsky in Hannover. Der Jubilar war über 30 Jahre Vieberater und ist seit fünf Jahren Ehrenlieberater der Wiedertafel „Typographia“. Zeitliche Kondition: Meister & Co. in Hannover. Seher Karl Schm., geboren in Elbing. Zeitliche Kondition: „Frankische Verlagsanstalt“ in Nürnberg. Korrektor Otto Scholz, geboren in Modau. Zeitliche Kondition: Buchdruckerei S. Krumbhaar in Biegnitz.

Allgemeine Rundschau

Annahme des Schiedspruchs im Schriftsetzergewerbe. Die Erklärungsfrist über den am 28. Januar im Reichsarbeitsministerium gefällten Schiedspruch war auf Antrag der Unternehmer bis zum 19. Februar verlängert worden, weil sie zur endgültigen Beschlussfassung erst noch eine Hauptversammlung einberufen mußten. Nunmehr hat der Verein Deutscher Schriftsetzer die Zentralkommission der Schriftsetzer und dem Schlichter gegenüber die Erklärung abgegeben, daß er den Schiedspruch angenommen habe. Auch die Schriftsetzerarbeiterschaft hat in der vorgenommenen Abstimmung dem Schiedspruch zugestimmt. Damit ist bis auf die noch ausstehende Klärung der Affordfrage der nun von den Organisationen abgeschlossene Manteltarif für das Schriftsetzergewerbe mit Gültigkeit ab 1. März 1926 bis 28. Februar 1927 zustande gekommen. Die Metallgüldenfabrikation bleibt wie bisher in die tarifliche Regelung einbezogen, dagegen ist die Linotypenmatrizenherstellung der Firma Stempel in Frankfurt a. M. vom Tarifvertrage der Schriftsetzer nicht mehr erfasst. Das Mandat für die Interessensvertretung der am Tarifvertrag beteiligten Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes ist vom Hauptvorstand dieses Verbandes dem vertragsgleichenden Verbänden der Buchdrucker und der graphischen Hilfsarbeiter übertragen worden. Mit dem neuen Vertrage ist ein Arbeitszeitabkommen nicht mehr verbunden. Das alte Arbeitszeitabkommen war bereits im September vorigen Jahres abgelaufen und wurde seither nicht mehr erneuert. In der nun in Kraft tretenden, zwischen den Organisationen abgeschlossenen Vereinbarung (siehe „Korr.“ Nr. 9) ist jedoch die Zustimmung gegeben worden, daß bei Arbeitsandrang anfallende Überstunden geleistet werden sollen und daß im Bedarfsfalle bei vorhandenem Mangel an Arbeitskräften bis zu 10 Prozent am 1. Januar beschäftigten gelernten Schriftsetzer herangezogen werden dürfen. Das durch den Schiedspruch verlängerte Lohnabkommen läuft mit dreiwöchiger Kündigungsfrist bis zum 27. April d. J.

Drucker-Statistik. Der Mangel zuverlässiger statistischer Nachweisungen über die Verhältnisse im Buchdruckgewerbe hat die Zentralkommission der Drucker Deutschlands schon vor mehreren Wochen veranlaßt, Fragebogen an die ihr angeschlossenen Maschinenmeistervereine zu versenden, in denen die Beantwortung von Fragen über die in den einzelnen Betrieben vorhandenen Maschinen, deren Besetzung usw. verlangt wird. Auf Wunsch der im Deutschen Buchdrucker-Bereich vereinigten Prinzipale, die ebenfalls ein Interesse daran haben, daß diese Fragebogen richtig ausgefüllt werden, ist mit dem Verbandsvorstand unter Zustimmung der Zentralkommission vereinbart worden, diese Statistik im Interesse des Gewerbes von Prinzipalen und Gehilfen gemeinsam aufzunehmen. Da jedoch die Fragebogen dieser Statistik zum größten Teil schon ausgefüllt bei der Zentralkommission wieder eingegangen sind, läßt sich diese Vereinbarung nicht mehr im ganzen durchführen. Trotzdem richtet die Zentralkommission an alle jene Vertrauensleute der Drucker, die die Fragebogen noch nicht ausgefüllt an sie zurückgeliefert haben, das Ersuchen, diese Fragebogen noch den betreffenden Buchdruckerbetriebern zur Mitunterzeichnung und Nachprüfung vor ihrer Absendung vorzulegen. In der „Zeitschrift“ Nr. 15 vom 19. Februar wird den Prinzipalen von dieser Vereinbarung Kenntnis gegeben und betont, daß eine sorgfältig ausgefüllte Statistik über die im Fragebogen entfalteten Fragen von großem Interesse für das Buchdruckgewerbe ist.

Verlängerung des Hilfsarbeitertarifs durch Schiedspruch. Um über den Neuabschluss oder die Verlängerung des gekündigten Reichstarfs für die graphischen Hilfsarbeiter zu entscheiden, trat das Zentralschlichtungsamt unter dem Vorsitz des Herrn Professors Brahm am 16. Februar in Berlin zusammen. Die bekannte Abneigung der Prinzipale gegen das Fortbestehen des Hilfsarbeitertarifs kam in den verhältnismäßig kurzen Vorberhandlungen unverblümt zum Ausdruck. Die Vertreter der Hilfsarbeiter blieben ihnen selbstverständlich eine entsprechende Antwort nicht schuldig. Da jedoch eine Verständigung in freier Verhandlung ausgeschlossen erschien, nahm das Zentralschlichtungsamt zunächst in über vierstündiger Beratung selbstständig zu der Sache Stellung. Darauf traten die Parteien wieder zusammen und begründeten ihre Anträge, die sie zu einem neuen Tarif zu stellen hatten. Während die Prinzipale u. a. eine Verminderung des Tariflohnes um mehr als 20 Prozent verlangten und bei den Ferien bedeutende Abschläge vorzunehmen wünschten, forderten die Hilfsarbeitervertreter in der Hauptsache eine mäßige Erhöhung der Tarifprocente und die Gleichstellung der Ferien mit den Gehilfen. Das vorgelegte Material beschäftigte das Zentralschlichtungsamt bis Mittwoch, worauf dann der Vorsitzende folgenden Schiedspruch bekanntgab: „Der bestehende Reichstarrifvertrag wird bis zum 31. Mai 1926 verlängert. Erklärungsfrist bis 18. Februar 1926, 6 Uhr abends.“ In seiner Begründung führte der Vorsitzende aus: „Das Zentralschlichtungsamt hat lange hin und her erwogen, was in dem vorliegenden Falle zu tun ist, und ob eine wesentliche Änderung der Verhältnisse eingetreten ist. Aber wie wir vor zwei Monaten keinen Grund sahen, dem Antrage der Buchdruckergehilfen Rätzigkeit, die Tarife zu erhöhen, Lehnen aus dem Grunde, daß hier vorgebracht wurden, nicht bestimmen, im Augenblick eine Herabsetzung der Löhne der Hilfsarbeiter vorzunehmen. Als Grund ist angeführt, daß die Spanne zwischen gelernten und ungelernten Arbeitern vergrößert werden müsse. Mag dieser Standpunkt grundsätzlich auch richtig sein, so läßt es sich doch nicht machen, daß ohne ganz besondere, in der augenblicklichen Lage des Gewerbes liegende Gründe irgendein Mensch imstande ist zu sagen, gerade die Spanne von 15 Prozent ist zu hoch oder zu niedrig, sondern Änderungen des einmal eingegangenen Standpunktes können nur dann vertreten werden, wenn aus der augenblicklichen Lage des Gewerbes heraus dieses durch diese Spanne notleidet. Eine Berechtigung für eine Veränderung bei der augenblicklichen Lage sahen uns nicht gegeben zu sein, so daß wir auf den Abbau der Löhne nicht eingehen konnten. Wir haben den Abbaustermin so gewählt, daß der Hilfsarbeitertarif mit dem Buchdruckerarif parallel läuft, und es sind ja neue Verhandlungen möglich, wenn neue Gründe vorgebracht werden. Es war für uns sehr schwer, einen so prinzipiellen Spruch zu fällen, wir haben aber nach langen, schweren Erwägungen so gehandelt, wie es unser Gewissen vorschrieb.“

Die Verhandlungskommission der Hilfsarbeiter beschäftigte sich am folgenden Tage sehr eingehend mit der Entscheidung des Zentralschlichtungsamts, und nach längerer Beratung wurde beschlossen, den Schiedspruch anzunehmen. Wie dagegen aus der „Zeitschrift“ zu ersehen war, habe angeblich die Stellungnahme der Vertreter des Deutschen Buchdrucker-Bereichs zu dem Schiedspruch nicht anders als strikt ablehnend ausfallen können. In einer am 17. Februar abgehaltenen Versammlung der Prinzipalvertreter in der Zentralkommission wurde die Ablehnung beschlossen. Angesichts der Möglichkeit, daß die Hilfsarbeiter die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches beim Reichsarbeitsministerium beantragen werden, wiegt sich die Prinzipalvertretung in der Hoffnung, daß das Ministerium die vom Vorsitzenden des Zentralschlichtungsamts gegebene Begründung und damit den ganzen Schiedspruch nicht billigen werde. Die Situation, die bei der Verwirklichung dieser Hoffnung entstehen würde, sollte die Prinzipalvertretung im gewöhnlichen Interesse rechtzeitig überdenken. Die Gehilfenschaft wird es den Hilfsarbeitern gegenüber keinesfalls an gewerkschaftlicher Solidarität fehlen lassen.

Meisterprüfung. Vor der Handwerkskammer in Weeslau bestand Kollege Karl Marx aus Waldenburg i. Schlef., die Meisterprüfung mit der Note „Ausgezeichnet“.

Vor der Handwerkskammer in Berlin bestand Kollege Herbert Krüger aus Berlin die Meisterprüfung mit gutem Erfolg.

Öffentliches Buchdruckerfest in Danzig. Nach längerer Pause soll in diesem Jahre, zu Pfingsten, eine Zusammenkunft der Buchdrucker des Ostens stattfinden. Während im Jahre 1905 der Treffpunkt das schöne Seebad Rahlberg und im Jahre 1908 die Universitätsstadt Königsberg war, ist es im Jahre 1926 die alte Hanfsatt

Danzig. Die Danziger Kollegenschaft hofft, gestützt auf ihre Erfahrungen beim Verbandstag im Jahre 1913, auch dieses Fest gut durchzuführen zu können. Der Zweck dieses Sängeresfestes soll in erster Linie sein, die alten freundschaftlichen Beziehungen auch nach der politischen Abtrennung zu festigen und außerdem zu zeigen, daß die Buchdrucker-gesangvereine das Licht der Öffentlichkeit nicht zu scheuen brauchen. Also auf nach Danzig!

Die Zahl der Berliner Buchdruckereien. Nach Angabe des Berliner Adreßbuchs für 1926 sollen in Groß-Berlin 1326 Buchdruckereien vorhanden sein. Dazu kommen noch 40 Steindruckereien und 77 mit Steindruckerei verbundene lithographische Anstalten. Unter den Buchdruckereien befindet sich allerdings eine größere Anzahl von Firmen oder Personen, die keine eigene Buchdruckereibetriebe besitzen, sondern lediglich als Vertreter von Berliner oder auswärtigen Druckereien Aufträge entgegennehmen.

Unfall. Ein bedauerlicher Unfall ereignete sich in der Hausdruckerei Wilhelm Anhalt & Co. in Kolberg. Die Firma hatte vor kurzen einen Drucker fristlos entlassen. Hierdurch stellte naturgemäß ein Drucker zur Bedienung einer Schnellpresse. Um diesem Mangel abzuhelfen, stellte man einen Lehrling mit fünfmonatiger Lehrzeit zur Beaufsichtigung an eine Schnellpresse mit Anlegeapparat. Der Drucker, der die Maschine sonst bedient, hat nun die Angewohnheit, während die Maschine läuft allerlei Handierungen an Form und Walzen vorzunehmen (Rohseereinigen usw.). Der Lehrling hatte nun verlernt, das Kunststück nachzumachen und sah plötzlich mit dem Arm zwischen Form und Walzen fest. Nach einflüßiger Arbeit gelang es erst, den Arm zu befreien. Starke Quetschungen waren die Folge, die eine Aufnahme des Beurlaubten im Krankenhaus notwendig machten. Die Schuld an dem bedauerlichen Unfall trägt in erster Linie die Betriebsleitung, die den Lehrling in den ersten Monaten seiner Lehrzeit an einer solchen Maschine beschäftigte und ihn obenreint noch für sauberen Druck verantwortlich machte. Aber auch der Drucker ist von Schuld nicht freizusprechen. Hätte der Lehrling nicht die verurteilenswerten Gewohnheiten dieses Siebzighährigen gesehen, wäre der Unfall vielleicht nicht passiert.

Schwindelroman eines Buchdruckereibesetzers. Im Berliner „kleinen Journal“ wurden kürzlich unter der Spitzmarke „Literarische Raubritter“ schwindelbaste Manipulationen des Herausgebers des „Meeraner Tageblatts“, eines gewissen Herrn Lange in Meerane in Sachen, aufgedeckt. Der Genannte ist auf die geschäftsmäßige Zueverfallen, Erzählungen von Autoren, deren Werte längst frei sind, den Zeitungen zum Erwerb anboten, und zwar entweder in Materien zum Preise von 12 M. oder als Manuskript zum Preise von 3 M. Es handelt sich dabei natürlich um glatte Betrugsversuche, und der Reichsverband der Deutschen Presse hat bereits Anlaß genommen, vor derartigen unaufrichtigen Manipulationen öffentlich zu warnen. Herr Lange aber ist ein hartgefotterter Sünder, denn er beantwortet Briefe, in denen er auf sein ungeheures Treiben aufmerksam gemacht wird, mit dreifachen Apöbeleien, allerdings in einer Schreibrart, die genau dem „Wilde entspricht, das man sich von einem Weislichen macht.“ Aber seine eignen Berufsgegenossen auf ziemlich plumpe Weise hincinzulegen verliert. Wie uns dazu aus Meerane mitgeteilt ist, ist das in der genannten Berliner Zeitung Geschiederte jedoch nur ein verschwindend kleiner Teil der äußerst „fruchtbar“ Tätigkeit des dortigen Prinzipals. So hat dieser z. B. erst vor kurzer Zeit wegen fortgesetzter Betrügereien und Urkundenfälschung eine einjährige Gefängnisstrafe erlitten, die er noch zu verbüßen hat. Papier- und Materiallieferanten sind unzählige Male von ihm hineingelegt worden. Ständig benötigte Gehilfen pflegt Lange aus den entferntesten Gegenden nach Meerane anzulocken, um sie nach kurzer Zeit wieder zu entlassen. Der Lohn kommt nur teilweise zur Auszahlung. Gegenwärtig ist außer seinen Söhnen nur ein Nichtmitglied (Kommunist) bei Lange beschäftigt. Auf jeden Fall ist also Vorsicht geboten bei etwaigen Konditionsanboten des „honetten“ Prinzipals.

Briefkasten

A. in P.: Erfahrene Mittelstellung ist nicht erfreulich, die das verbundenen Versicherung aber um so erfreulicher. Es wäre auch schlimm, wenn sich eine so gute Exaltation, auf die man in Stuttgart sowohl als in Berlin stolz ist, nicht erhalten würde. **Red. Wehl:** — M. in N.: Wird mit einigen kleineren sachlichen Änderungen angeschlossen. — S. in G.: Wird gern angenommen, aber wir lesen keinen Namen drin und sind deshalb eine deutliche Handchrift zu erweisen. — B. in S.: Ihre Bemerkung trifft das Maßvolle. Wir würden nur Propaganda für den Bund und jenes Unzufriedenheit treiben. Dazu besteht absolut kein Bedürfnis. — D. in P.: Da das Finanzamt Ihre Berechnung nicht anerkannt hat, empfiehlt sich eine Anfrage bei demselben, warum das nicht geschieht ist. Unreines Weisheit ist Ihre Berechnung nicht zulässig; denn wenn man kein Einkommen aus Arbeit hat, so kann doch ein solches auch nicht bei der Steuer in Ansatz gebracht werden. — M. in S.: Diese Ablehnung von der sogenannten verantwortlichen Regel wurde lediglich aus dem Grunde abgelehnt, da die dort alle die Berechnungen auf die Nummer und letztere auf die Seltensart bestehen. Trotzdem soll heißen Teilen nimmere Rechnung getragen werden. Die andre Sache, die hier schon längst als falsch beurteilt wurde, wird ebenfalls noch angehängt werden, wenn der Betrieb noch besser im Schnitt ist. — S. in P.: Dieser Bedenken wird auch im „Korr.“ berücksichtigt, aber nicht auf dem Wege des Druckes in der „M. in S.“, die mir übrigens in keiner Weise als heutzutage wert in Arbeitserträgen beurteilen, sondern aus viel näher liegenden und sachlichen Gründen. — M. in G.: Jun. 200; 2. 20 M. — S. in M.: Jun. 201; 3. 20 M. — M. in P.: Jun. 201; 3. 20 M. — B. in P.: Jun. 204 5; 16 M. — P. in N.: Jun. 201; 4. 10 M.

Zum bevorstehenden Verbandsjubiläum! Um einen Gesamtüberblick zu erhalten, wird um fleischnge Übermittlung nachstehend angegebener Bestellungen gebeten: 1. Mitgliederzahl und Vermögensbestand in den Gauen; 2. Mitgliederzahl und Vermögensbestand in den Bezirken; 3. Mitgliederzahl und Vermögensbestand in den Ortsvereinen (als Ortsvereine gelten organisatorische Zusammenfassungen von zehn und mehr Mitgliedern); 4. Mitgliederzahl in den Bezirken und in den Gauen; 5. Zahl der angeschlossenen Vereine, deren Gesamtmitgliederzahl und Vermögensbestand in der Zentralkommission; 6. Mitgliederzahl und Vermögensbestand in den Spartenvereinen. Alle diese Bestellungen haben sich auf den Stand am

